

lichen Organen sollten in dieser Hinsicht Kontakte bestehen, damit die Interessen der Schwestern, die ja von dem allgemeinen Interesse an der Entwicklung unseres Gesundheitswesens nicht getrennt werden können, besser berücksichtigt werden. Das gilt besonders in bezug auf die Bereitstellung von Wohnraum und Kindergartenplätzen. Noch längst ist nicht allen verantwortlichen Leitern klar, wie notwendig die Beachtung des Frauenkommuniqués des Politbüros vom Dezember 1961 gerade in einem so großen Frauenbetrieb ist, wie es das Gesundheitswesen darstellt.

Von der Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Schwestern reden, das ist die eine Seite, aber dafür etwas zu tun und hierbei voranzukommen, das ist die andere, bei weitem wichtigere Seite der Sache. Es ist die Sache der Parteiorganisationen, dafür zu sorgen, daß es nicht nur beim Reden bleibt.

Keine Parteiorganisation darf sich mit einer solchen Situation abfinden, wie sie sich zum Beispiel in einem großen Krankenhaus entwickelt hat, dessen Namen wir, weil sich inzwischen dort die Lage grundsätzlich verbessert hat, nicht mehr nennen wollen. In diesem Krankenhaus gab es z. B. bei den verantwortlichen Leitern keinen exakten Überblick, wieviel Schwestern, Stationshilfen und Reinigungskräfte fehlten, es gab keine Arbeitsplatzanalysen und keine Initiative zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und zur Erleichterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Schwestern. Der dafür verantwortliche Leiter wußte z. B. nicht, wieviel Staubsauger oder andere im Handel erhältliche arbeitssparende Kleingeräte vorhanden waren, ob sie rationell eingesetzt sind und was im nächsten Jahr und in der weiteren Perspektive benötigt wird.

Mehr als einmal gab es kritische Äußerungen der Schwestern. Aber diese wurden von den Verantwortlichen nicht ernst genommen. Partei- und Gewerkschaftsleitung überließen, bei jeder eigenen Initiative, alles dem Selbstlauf. Sie griffen nicht einmal ein, wenn ein leitender Arzt in beleidigender, die menschliche Würde verletzende Weise die Schwestern zurechtwies.

Eine solche schlechte Arbeitsatmosphäre, wo sich niemand mehr wohl fühlt, wo sich die Schwestern und, als logische Folge, schließlich auch die von diesen betreuten Patienten schlecht behandelt und versorgt fühlen, kann nur entstehen, wenn die Parteiorganisation in ihrer politischen, ideologischen und organisatorischen Arbeit nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben ist. Nach gründlichen ideologischen Auseinander-

setzungen ist inzwischen sowohl in der Parteiorganisation als auch in dem betreffenden Krankenhaus die Lage bereinigt und grundlegend verändert worden.

Das gesellschaftliche Leben fördern

Der Wunsch und das Bedürfnis der Schwestern* mehr und aktiver auch am geistig-kulturellen Leben teilzunehmen, fanden bei der Parteiorganisation des Kreiskrankenhauses Altenburg besondere Unterstützung. Die Genossen haben damit begonnen, sich erst einmal selber über die Wünsche, Gedanken und Stimmungen der Schwestern zu informieren. Sie organisierten Aussprachen zu Themen, die die Schwestern selbst wünschten und die ihr Interesse weckten. Vorbild war dabei die schon bewährte gute Tradition der Ärzte-Aussprachen. Es zeigte sich sehr schnell, daß die Schwestern nicht nur an gesundheitspolitischen Themen interessiert waren, sondern auch über nationale und internationale Probleme, über Fragen unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung u. a. m. informiert sein wollten. Das Altenburger Beispiel sollte Schule machen.

Ähnliche Bemühungen gibt es auch in anderen Einrichtungen. Es gibt Gewerkschaftsorganisationen und FDJ-Gruppen, die sich besonders um die berufliche Fortbildung der Schwestern* aber auch um ihre kulturellen und sportlichen Interessen kümmern.

Je größere Wertschätzung der Schwesternberuf erhält, und das bereits beginnend bei der Berufsausbildung, desto mehr wird sich auch der Berufsstolz und die Liebe zu dem freiwillig erwählten Schwesternberuf entwickeln. Mehr als bisher sollte aber gerade diese ethisch-moralische Seite des Schwesternberufes auch seine offizielle Anerkennung finden, z. B. auch bei den Vorschlägen zur Auszeichnung mit der Hufeland-Medaille. Drückt sich nicht auch hier in der relativ geringen zur staatlichen Auszeichnung vorgeschlagenen Zahl von Schwestern eine gewisse Unterbewertung der Schwestern in unserem sozialistischen Gesundheitswesen aus?

Die Parteiorganisationen in den Einrichtungen unseres Gesundheitswesens sind aufgerufen, ihre ganze Kraft und politische Autorität in die Waagschale zu werfen, um mit dafür zu sorgen, daß der Schwesternberuf überall die gesellschaftliche Anerkennung findet, die ihm in unserer sozialistischen Ordnung gebührt.

Lothar Büttner

Mitarbeiter der Abteilung Gesundheitspolitik
beim ZK der SED